

## **Zusammenführen, was zusammengehört**

**[wr.] Die Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsräume, in denen Menschen wohnen und arbeiten, decken sich oft nicht mit den kommunalen, kantonalen und nationalen Grenzen. Hier gilt es, alte Denkmuster zu überwinden und den Föderalismus den Forderungen einer neuen, sich verändernden Welt anzupassen. Auf allen Ebenen. Davon ist Elisabeth Schneider, die amtsjüngste Baselbieter Nationalrätin, überzeugt.**

Wer in Biel-Benken lebt, hat ein unverkrampftes Verhältnis zu Grenzsituationen. Zwangsläufig. Frankreich, Solothurn und Baselland stossen an den Gemeindebann. Das schafft eine gewisse Offenheit. So bot man beispielsweise am Ende des 18. Jahrhunderts, während der Revolutionsjahre in Frankreich, den jüdischen Flüchtlingen aus dem nahen Sundgau Asyl. Früh schon hat man in beiden Dörfern erkannt, dass es nicht nur hilfreich, sondern auch finanziell lohnenswert ist, sich gemeinsam den grossen Aufgaben zu stellen. Bereits 1529 schlossen sich Biel und Benken zu einer einzigen Pfarrei zusammen und 1621 ersetzte man die beiden ehemaligen Dorfkapellen durch eine gemeinsame Kirche. 1972 fusionierte man – als erste und bisher letzte Baselbieter Gemeinde. «Man hatte inzwischen auch die Schulen zusammengelegt», erzählt Elisabeth Schneider, die während zehn Jahren als Gemeindeverwalterin tätig war, «auch die meisten Vereine hatten sich zusammengeschlossen. Ausserdem gab es immer wieder gemeinsame Gemeindeversammlungen. Da war eine Fusion auf politischer Ebene eigentlich nur folgerichtig.» Unter einem solchen Schritt braucht die dörfliche Identität und mit ihr die gutnachbarschaftliche Konkurrenz nicht zu leiden. Die Bieler und Benkemer jedenfalls lassen bis heute am 1. August das Vaterland an je einem eigenen Feuer hochleben und an separaten Fasnachtsfeuern beim «Reedlischigge» ihre glühenden Holzscheiben in den nächtlichen Himmel über dem Leimental steigen.

## **Gemeindefusionen**

In einem Artikel in der Basellandschaftlichen Zeitung wies Elisabeth Schneider darauf hin, dass in den letzten 10 Jahren beispielsweise im Tessin 88, in Fribourg 75 und in der Waadt 36 Gemeinden fusioniert haben. Der Entscheid der Glarner Landsgemeinde, im ganzen Kanton künftig nur noch drei kommunale Körperschaften zu haben, hat in der ganzen Schweiz für Aufsehen gesorgt. Die Erfahrungen scheinen durchwegs positiv zu sein. Jedenfalls begrüssen immer mehr Kantone solche Zusammenschlüsse und unterstützen sie aktiv.

Das gilt allerdings nicht für den Kanton Basel-Landschaft. Noch im April dieses Jahres gab der Finanzdirektor, Adrian Ballmer, im Landrat zu Protokoll: «Gemeindefusionen drängen sich als strategisches Ziel für den Kanton nicht auf.»

Gemeindefusionen, glaubt Elisabeth Schneider, haben in den Köpfen massgebender Baselbieter Politiker keinen Platz. Ob das daran liege, fragt sie sich, dass die Regierung kein Interesse an starken Kommunen habe? Sie selber jedenfalls ist überzeugt, dass ein föderalistisches Gebilde langfristig nur überlebt, wenn die Partner auf Augenhöhe miteinander verkehren können und nicht auf die Finanzhilfe einiger weniger angewiesen sind. So lehnt sie die Argumentation ab, der kantonale Finanzausgleich sei wichtig, weil er garantiere, dass auch kleine Dörfer die teuren Kosten der Grundversorgung bewältigen können. «Wir geben im Baselbiet zu viel Geld aus für Kleingemeinden mit ineffizienten Strukturen. Damit schaffen wir Abhängigkeiten und zementieren eine Situation, die reformbedürftig und teuer ist. Der Föderalismus und die Gemeindeautonomie sind wichtig und erhaltenswert. Aber sie machen nur Sinn, wenn die Strukturen immer wieder hinterfragt und erneuert werden.»

Dazu passt ein Satz aus einer ihrer Kolumnen: «Wenn unsere drei Urkantone nicht erkannt hätten, dass man sich zeitgemäss organisieren muss, um sich behaupten zu können, hätte es weder den Rütlichschwur noch die Entwicklung der heutigen Eidgenossenschaft gegeben.» Allerdings haben Uri, Schwyz und Unterwalden nicht fusioniert, sondern lediglich einen Bund gegründet, dem sich später andere Kantone anschlossen. Bis 1848 war die alte Eidgenossenschaft nicht viel mehr als ein lockeres Bündnissystem, oft zerstritten, manchmal bis zu Bürgerkriegen. In Teilen wenigstens handelte es sich um eine Interessensgemeinschaft, vergleichbar mit den zahlreichen Zweckverbänden, mit denen viele Baselbieter Gemeinden gemeinsame Aufgaben, bewältigen, sei es in der Altersarbeit, in der Feuerwehr oder in der Bildung. So ist beispielsweise das kleine Läuelfingen an acht (!) Zweckverbänden beteiligt. «Die Grenzen sind erreicht, gerade im oberen Baselbiet», meinte dazu Thomas Faulstich, Gemeindeverwalter, an einer Podiumsdiskussion. Und Elisabeth Schneider doppelte nach: «In diesen Verbänden haben die Vertreter das Sagen, nicht mehr das Volk. Das führt letztlich zu einer Entdemokratisierung.»

Aber nicht nur auf Gemeindeebene, sondern auch national darf das Nachdenken über neue Strukturen kein Tabuthema sein. Es ist wohl unbestritten, dass heute einige wirtschaftlich schwache Kantone nur überleben, weil sie via den Finanzausgleich (NFA) alimentiert werden. In der Tat verfügen diese «Nehmerkantone» auf Bundesebene aber über eine Mehrheit und damit auch über einen entscheidenden Einfluss auf die künftige Entwicklung unseres Landes. Elisabeth Schneider: «Der Föderalismus darf nicht überstrapaziert werden. Er kann nur Bestand haben, wenn auch die einzelnen Teile gegenüber dem Bund als starke Partner auftreten können. Ideal wäre eine Schweiz mit sechs bis acht Regionen, darunter ein Kanton Nordwestschweiz, zu dem nicht nur Baselland und Basel-Stadt gehören, sondern auch jene Teile des Aargaus und Solothurns, die auf unserer Seite des Juras liegen.» Allerdings: «Zuerst muss die Wiedervereinigung kommen. Wenn wir das in unseren beiden Basel nicht fertigbringen, wie sollen wir es dann in einem noch grösseren Gebilde schaffen?»

### **Die Region Basel als Lebensraum**

Mütterlicherseits stammt Elisabeth Schneider aus Benken. Ein Vorfahre besass dort eine Mühle. Er wanderte aus nach Amerika, grub im Sacramento-Tal bei General Sutter, dem «Kaiser von Neu-Helvetien» erfolglos nach Gold und kehrte dann ins heimatische Leimental zurück. Aufgewachsen ist sie als mittleres von fünf Kindern im solothurnischen Hofstetten auf dem väterlichen Bauernhof. Schon lange aber lebt sie im Haus der Grosseltern in Biel-Benken, direkt an der Grenze nach Frankreich. Kein Wunder, dass sie sich in der Region verwurzelt fühlt. «Ich bin Baslerin, in einem grenzübergreifenden Sinn, mit der Stadt Basel als Zentrum. Wir leben hier im Dreiländereck in einem kleinen Europa. Das öffnet den Horizont.»

In der Tat gehören zum hiesigen Wirtschafts- und Lebensraum nicht nur die beiden Basel, sondern auch das aargauische Fricktal und das solothurnische Thierstein-Dorneck. Dazu kommen der deutsche Landkreis Lörrach und das französische Département Haut-Rhin, ein Gebiet, in dem knapp eine Million Menschen leben. Gegenüber dem akzent magazin meinte der ehemaligen Basler Wirtschaftsminister Ralph Lewin: «Wir müssen die Wirkungen der Grenzen reduzieren und erreichen, dass wir schneller planen und realisieren können. Das steht im Widerspruch zu gewissen urdemokratischen Instinkten. Jede Gemeinde will ihre Hoheit. Aber nicht alle Themen betreffen die Neugestaltung des Dorfplatzes. Wenn wir mit anderen Regionen Schritt halten wollen, dürfen wir für Projekte, die andernorts in fünf Jahren umgesetzt sind, nicht 20 Jahre brauchen.»

Grenzen überwinden, das ist auch das Thema von Elisabeth Schneider. Das gilt besonders für jene zwischen Baselland und Basel-Stadt. Schon ihr Grossvater sass in den 1960er-Jahren für die Wiedervereinigungspartei im Landrat. «Ich selber habe im Kantonsparlament über eine grosse Zahl von Staatsverträgen mit Basel-Stadt debattieren müssen. Wir leben in einer derart ineinander verflochtenen Region und sind

gezwungen, laufend Vereinbarungen zu treffen: in Bezug auf Verkehr, Bildung, Justiz, Gesundheit, Kultur, volkswirtschaftliche Institutionen. Das alles erfordert viel Aufwand und Geld. Wir könnten das einfacher haben. Wir müssen näher zusammenrücken, uns zusammenschliessen, damit wir gegenüber anderen Regionen schlagkräftig sind, mit einer Stimme auftreten können.»

Sukkurs in dieser Frage erhält Elisabeth Schneider von Avenir Suisse. Gegenüber der Basler Zeitung vertrat der Projektmanager Daniel Müller-Jentsch die Auffassung, die Diskrepanz zwischen politischen Grenzen und funktionalen Räumen sei in der Region Basel besonders eklatant. Statt sich auf den nationalen und internationalen Wettbewerb zu konzentrieren, verheddere man sich in kleinräumigen Konkurrenzkämpfen.

Entsprechend wenig hält Elisabeth Schneider von der Volksinitiative aus dem Umfeld der Baselbieter Wirtschaftskammer für zwei Vollkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. «Das ist eine rückwärtsgerichtete Initiative», ist auf ihrer Homepage nachzulesen, «welche unserer Region gar nichts bringt. [...] Die Wirtschaft braucht funktionale Grenzen und keine Grenzen, die sich an irgendwelchen historischen Befindlichkeiten orientieren.» Und so freut sie sich darüber, dass der Landrat im vergangenen Frühjahr ihren Vorschlag aufgenommen hat, wonach die Regierung verpflichtet wird, die Simulation eines wiedervereinigten Kantons Basel durchzudenken. «Ich möchte, dass die Fakten auf den Tisch gelegt werden, dass man eine nüchterne Analyse macht: Wo lohnt sich ein Zusammenschluss, wo nicht?» Das Argument von Adrian Ballmer, in Zeiten von Fusionen seien Unternehmen und wohl auch Gemeinwesen gelähmt, man beschäftige sich nur mit sich selber, statt mit den Kunden und Märkten, lässt sie nicht gelten. Natürlich binde eine Wiedervereinigung personelle und finanzielle Ressourcen, räumt sie ein, aber das Geld fliesse später dank einer effizienteren Organisation wieder zurück. «Mit einem einzigen Kanton hätten wir weniger Bürokratie. Einer der auf dem Land wohnt und in der Stadt einen Betrieb hat, oder umgekehrt, muss sich heute mit zwei völlig unterschiedlichen Steuersystemen zurechtfinden. Ähnliches gilt auch in anderen Bereichen.» Das werde je länger je weniger verstanden, ist sie überzeugt. Und: «In den Köpfen der Bevölkerung verändert sich etwas.»

Dass sie sich mit ihrem Engagement nicht nur Freunde macht, liegt auf der Hand. Als «Sandkastenspiele» bezeichnet Adrian Ballmer gemäss Basellandschaftlicher Zeitung, die vom Landrat beschlossene Simulation einer Wiedervereinigung, die auch im baselstädtischen Parlament mit grossem Mehr verabschiedet worden ist. Und für den SVP-Parteipräsidenten Karl Willmann gar ist klar, «wer für das Baselbiet einsteht und wer es verkaufen will.»

Von verkaufen könne keine Rede sein, meint dazu Elisabeth Schneider. Selbstbewusst: «Bei einer Wiedervereinigung wäre Basel der Juniorpartner. Schliesslich leben auf der Landschaft fast 100'000 Menschen mehr als in der Stadt, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die an der Urne ihr Gewicht einbringen könnten.»

### **Zusammenführen, was zusammengehört**

Nicht nur Ausländer, auch unsere Miteidgenossen auf der anderen Seite des Juras unterscheiden nicht zwischen den beiden Halbkantonen. Wenn man im Bundeshaus von den «Baslern» rede, so seien immer beide gemeint, stellt Elisabeth Schneider fest: Landschaftler und Städter. Gleichzeitig werde die Region als uneinig wahrgenommen. Über die Querelen zwischen dem Direktor der Baselbieter Wirtschaftskammer und jenem des städtischen Gewerbeverbandes beispielsweise wurde in den hiesigen Medien ausführlich berichtet. So etwas werde auch in Bundesbern registriert. «Da geht es um die Vertretung von Unternehmen und Firmen, die oft in beiden Kantonen tätig sind, und man zieht nicht am selben Strick», echauffiert sich Elisabeth Schneider. «Wollt ihr wirklich alle dasselbe?», heisse es in solchen Situationen. Und: «Bringt zuerst eure eigenen Angelegenheiten in Ordnung, sprecht mit einer einzigen Stimme – dann können wir auch über eure Anliegen reden.»

In Liestal gibt es vor jeder Session eine Sitzung, in der Regierung und Parlamentarierinnen und Parlamentarier Fragen von kantonaler und regionaler Bedeutung besprechen. Ähnliches passiert in der Stadt. Institutionalisierte gemeinsame Absprachen unserer Volksvertreterinnen und Vertreter über die Kantongrenzen hinweg, nein, das ist nicht vorgesehen. Offenbar hat sich die Zusammenarbeit der beiden Halbkantone, im Nationalrat seit den Zeiten von Helmut Hubacher nicht verbessert (vgl. Artikel «Basel steht mit dem Rücken zur Schweiz»). Nach wie vor gibt es keine regelmässigen Sitzungen der Volksvertreterinnen und Vertreter aus Stadt und Land, wo man sich im Hinblick auf die Durchsetzung regionaler Anliegen abstimmen könnte. «Wünschenswert wäre eine parlamentarische Gruppe Basel», findet Elisabeth Schneider, «sie müsste quer durch alle Parteien, von links bis rechts, abgestützt sein. Vielleicht bringt ja ein Generationenwechsel etwas.»

Eine letzte Frage, Frau Schneider: «Was, respektive wen, vertreten Sie in Bern?»

«Ich vertrete die Region. Das wird mir oft vorgeworfen, aber ich stehe dazu. Ich bin für Zusammenschlüsse, wo die funktionalen Grenzen die politischen Grenzen überholt haben. Ich habe den Eindruck, dass ich je länger je mehr gehört werde. Ich glaube, es braucht eine neue Generation, und dann ist die Erkenntnis, dass zusammengeführt werden muss, was zusammengehört. auch im Baselbiet mehrheitsfähig.»

#### Quellen

akzent magazin, Artikel Metrobasel, Oktober 2009.  
Basler Zeitung, 27. 8. 2011, 3. 9. 2011.  
Basellandschaftliche Zeitung, 31. 1. 2011, 24. 4. 2011, 4. 6. 2011.  
[www.elisabethschneider.ch](http://www.elisabethschneider.ch)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Biel-Benken](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Biel-Benken)